Initiativantrag
der unterzeichneten Abgeordneten
betreffend die
kosteneffiziente Stärkung der Netz-Infrastruktur in OÖ

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, mit der Umsetzung folgender Maßnahmen im eigenen Verantwortungsbereich und dem bestmöglichen Einwirken auf die Bundesregierung in deren Verantwortungsbereich, den Umstieg auf erneuerbare Energien zu unterstützen sowie die Netz- und Versorgungssicherheit und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Oberösterreich langfristig zu garantieren:

- Überarbeitung des "Stromnetz-Masterplan Oberösterreich 2028" insbesondere zur optimalen Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen im Bereich der Netzinfrastuktur
- Transparente Darstellung des Finanzierungsbedarfs von Netzausbauplänen
- Fokussierung auf die kombinierte Planung, Errichtung und den Betrieb von leitungsgebundener Infrastruktur wie Strom, Gas und Breitband-Internet

Begründung

Die Stromnetz-Infrastruktur ist einer der Stolpersteine auf dem Weg hin zur Energiewende. Der stetig steigenden dezentralen Stromerzeugung, der Elektrifizierung von Raumwärme und Mobilität sowie den dynamischen Ansprüchen der Wirtschaft und hier allen voran der Industrie geschuldet, muss das Land Oberösterreich im Wege der Netzbetreiber und Energieversorger alles daran setzen, eine erstklassige und künftigen Anforderungen entsprechende, belastbare Energie-Infrastruktur zu garantieren. Wenn tausende (potentielle) Betreiber von Photovoltaikanlagen darüber im Unklaren sind, ob die Netzkapazitäten in ihrer Region ausreichen um ihre Anlagen zu installieren oder sie schlichtweg nicht die Möglichkeit haben, ihren grünen Strom einzuspeisen, wird dem gesetzlichen Auftrag der Netzbetreiber, nämlich ein zuverlässiges und leistungsfähiges Übertragungs- und Verteilernetz zu betreiben und erhalten, schlichtweg nicht entsprochen. Nebst der Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, darf Oberösterreich gerade hinsichtlich des Wirtschaftsstandortes diesbezüglich nicht ins (europäische) Hintertreffen geraten und muss einer De-Industrialisierung vorgebeugt werden. Der Umstieg von fossiler auf erneuerbare Energie darf nicht an Stromnetzen aus den 1940er Jahren scheitern.

Hierzu braucht es die Gewährleistung einer modernen Netzinfrastruktur, die aktuellen und künftigen Anforderungen gerecht wird. Die beständige Überarbeitung des Stromleitungsnetzes, ein verbindlicher Fahrplan und klar festgelegte Ausbauziele sind hierfür eminent. Der seit Herbst ausstehende "Stromnetz-Masterplan 2032" darf auch künftig nicht als allgemeingültig verstanden werden, sondern muss einen dahingehend beständig zu hinterfragenden Handlungsleitfaden darstellen. Bei den notwendigen Ausbauten soll insbesondere im Bereich der Starkstromwege die Ausführung mittels Erdverkabelung geprüft werden. Soweit die wirtschaftliche Verträglichkeit gegeben ist, soll dem Erdkabel gegenüber der Freileitung Vorrang eingeräumt werden.

Um den Ausbau der Netze weitergehend zu unterstützen, sollte künftig absolute Transparenz hinsichtlich dem Finanzierungsbedarf des Netzausbaus herrschen.

Weiteres Hauptaugenmerk muss gegenüber einer laufenden Modernisierung der Energieinfrastruktur künftig noch mehr auf die Koordinierung, gemeinsamen Planung, Errichtung und den Betrieb von Strom- und Gas-Infrastruktur sowie Breitband-Internet gelegt werden. Laut Österreichischer Energieagentur werden auch 2040 noch zwischen 89 und 138 Terawattstunden Gas - dann wohl als grüner Wasserstoff oder Biogas - als Speicher, Industriebrennstoff oder zur Stromversorgung nötig sein. Hier gilt es, auf Jahrzehnte zu denken und zu handeln, die Wechselwirkung und Synergien einer integrierten Infrastruktur zu nutzen und neben einem schonenderen Umgang mit der Ressource Boden, auch ein starkes Signal in Richtung Industrie zu senden.

Zu den Vorteilen der Bodenschonung, in Summe geringeren Instandhaltungskosten und allgemeiner Kosteneffizienz tritt auch eine höhere Akzeptanz der Bevölkerung vor Ort hinzu, die erfahrungsgemäß zusätzliche Leitungsbauwerke auf einem bereits durch eine andere Leitung verbauten Landstrich eher akzeptiert. Das begünstigt kürzere Genehmigungsverfahren.

Linz, am 9. März 2023

(Anm.: NEOS-Fraktion)

Eypeltauer

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Antlinger, Margreiter, Knauseder, Engleitner-Neu, Schaller, Haas, Strauss, Wahl